

## **Gespaltenes Bewusstsein?**

### **Bericht von der Ratssitzung zum „Zukunftskonzept“ Bochum am 17.8.2009**

Gestern stand das so genannte Zukunftskonzept für die Stadt Bochum auf der Tagesordnung des Rates. Die Linksfraktion hatte bereits im Vorfeld ihre Position deutlich gemacht. Für Sie ist das Zukunftskonzept ein rückwärtsgewandtes Vergangenheitskonzept. Dementsprechend hat die Linksfraktion das Konzept, das die Grundlage für die weiteren Haushaltsberatungen 2009 (!) sein soll abgelehnt.

Für uns ist das Konzept sozial unausgewogen: So sollen Gebühren für Kitas, Bücherei, Musikschule, Bäder etc. erhöht werden, während Schauspielhaus, Symphoniker, Planetarium und Bergbaumuseum zu heiligen Kühen erklärt werden, bei denen keinerlei Streichung vorgenommen werden soll.

In vielen weiteren Punkten, wie dem Plan, die Bürgerbüros zu dezimieren, wurde die Verwaltung in ihren Plänen recht deutlich. Andere Passagen sind nebulös gehalten oder die Berechnungen auch schlicht unseriös.

Da half auch der Ergänzungsantrag von SPD und Grünen nicht. Er war mindestens so schwammig wie die Verwaltungsvorlage. Das besonders interessante war allerdings, dass es sich um einen Ergänzungsantrag handelt. Das heißt, dass das Zukunftskonzept zustimmend zur Kenntnis genommen wurde (mit den vagen Ergänzungen der Koalition). Damit wurde auch dem Konzerthausbau zugestimmt. Denn der ist einer der wenigen Punkte, wo das Konzept konkret wird.

Es ist wirklich nur noch als Wahnsinn zu bezeichnen, in der derzeitigen Situation am Konzerthausbau festzuhalten. Der Fraktionsvorsitzende der SPD, Herr Fleskes, hofft zwar, dass sich die jährlichen Kosten nicht auf 1,5 Mio € jährlich belaufen. Woher er diese Hoffnung nimmt, ist uns allerdings schleierhaft. In anderen Städten haben sich die Kosten des Öfteren extrem erhöht oder sogar vervielfacht. Aber einmal auf die Spur gesetzt, bleibt die SPD bei dem Projekt, egal wie unverantwortlich das ist. Die Quittung dürfte sie dafür am 30. August bekommen.

Der Grüne Koalitionspartner hat sich zwar öffentlich gegen den Konzerthausbau ausgesprochen, aber trotzdem für das Konzept gestimmt. Ein Fall von gespaltenem Bewusstsein?

FDP und CDU haben wie gewohnt für den Verkauf der RWE-Aktien plädiert. Vor der Ratssitzung haben Junge Liberale und Junge Union eine gemeinsame Pappkartonaktion durchgeführt. Sie prangerten 1,3 Mrd. € Schulden an. Von einem LINKEN Ratsmitglied darauf angesprochen, welchem Großprojekt, das ggf. die Finanzmisere mit verursacht haben könnte, FDP und CDU in den vergangenen Jahren denn nicht zugestimmt haben, konnten sie nicht beantworten.

Darauf angesprochen, ob es einen Betriebswirt unter ihnen gäbe und wie er es einschätzen würde, wann Aktien in einer Schuldensituation zu verkaufen seien, lautete die Antwort: Aktien seien nur zu verkaufen, wenn die Erträge aus Dividenden die Zinsen für die Kredite nicht übersteigen. Die von Bochum gehaltenen RWE-Aktien werfen allerdings deutlich mehr Rendite ab, als Zinsen für die entsprechenden Schulden auflaufen. Darauf hingewiesen, war die junge Schar inhaltlich gespalten, ob die Forderung des Aktienverkauf tatsächlich Sinn mache.

Doch die „große“ FDP hatte im Rat noch mehr zu bieten. Sie forderte die Schließung des Museums, Verkauf der städtischen Anteile an der VBW, Streichung der Zuschüsse für den Bahnhof Langendreer und Verkauf der städtischen Altenheime. Ganz der neoliberalen Ideologie verschrieben forderte der Fraktionsvorsitzende Lücking mehr Eigenverantwortung der Bürgerinnen und Bürger. Eine anschaulichere Lehrstunde in Sachen „Privat vor Staat“ gab es im Bochumer Rat schon lange nicht mehr.

Bochum, den 18.8.2009